

Der Bürgermeister wies auf die zu diesem Tagesordnungspunkt verteilte Tischvorlage sowie die Beantwortung der Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksachen-Nr. 12/0433, hin.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führte Herr Metz aus, es müsse alles für eine Umsetzung des geplanten Projekts getan werden. Die Zustimmung des Landesbetriebs Straßen zur Zufahrtsregelung sei jedoch ohne Verknüpfung mit der anstehenden Planung zum HUMA-Neubau erteilt worden. Es sei mit einer deutlich erhöhten Verkehrsbelastung an der Zufahrt zum ehemaligen Tacke-Gelände zu rechnen. Die Koordination mit der Planung zum HUMA-Neubau solle nun erst im anstehenden Verfahren erfolgen. Ferner könnten die Regelmaße für die Fuß- und Radwege nicht in allen Bereichen des Vorhabens eingehalten werden. Wegen dieser Unklarheiten erkenne er wegen des beschleunigten Verfahrens einen Zeitdruck; seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Er prognostizierte, dass auch nach Abschluss des Verfahrens der Fuß- und Radweg nicht ausreichend dimensioniert sei.

Herr Köhler teilte für die Fraktion AUFBRUCH! mit, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Es seien viele Jahre vergangen, um für diesen Bereich eine realisierbare Planung zu erhalten. In dem nun anstehenden beschleunigten Verfahren könnten Veränderungen noch vorgenommen werden.

Auch die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag folgen. Frau Feld-Wielpütz erklärte, die neu vorgelegten Pläne stellten eine Verbesserung dar. Sie verwies auf die Präsentation zur Planung im Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration am 28.11.2012. In dem Baukörper und davor sei nun auch eine Grünfläche vorgesehen. Auch die Anordnung von Stellplätzen außerhalb des Baufensters werde positiv gesehen. Mit den seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgeworfenen Fragestellungen habe sich der Zentrumsausschuss von Beginn an intensiv beschäftigt. Das Verfahren solle nun beschritten werden. Die eingehenden Gutachten und Stellungnahmen müssten dann intensiv erörtert werden. Herr Schell ergänzte, dass die heutige Zustimmung keine endgültige Zustimmung zu dem Projekt darstelle. Die seitens der CDU-Fraktion im Fachausschuss aufgestellten Kautelen müssten eingehalten werden.

Herr Schmitz-Porten vertrat die Auffassung, die CDU-Fraktion werde dem Vorhaben auf jedem Fall zustimmen, auch wenn im weiteren Verfahren problematische Punkte nicht geklärt werden könnten. Es folge nun eine Bürgerversammlung, die er in dem Verfahren als wichtig erachte. Ein abschließendes Urteil – insbesondere im Hinblick auf die verkehrliche Situation – könne daher noch nicht gefällt werden. Im Übrigen schloss er sich den Ausführungen von Herrn Metz an.

Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen; er erhoffe sich, dass in dem Verfahren noch zufriedenstellende Lösungen gefunden werden. Anderenfalls werde seine Fraktion im späteren Verfahrenverlauf das Vorhaben ablehnen.

Für die FDP-Fraktion erklärte Frau Jung ebenfalls Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag. Ein Kompromiss könne eher hingenommen werden, als das die Ruine des Tacke-Gebäudes an dieser Stelle bestehen bleibe. Die Entscheidung zu

diesem Vorhaben sollte nicht mit dem HUMA-Neubau verknüpft werden.

Herr Piéla kritisierte die Sitzungsvorlage, da der beigelegte Plan nicht lesbar sei. Er habe festgestellt, die Neuplanung des linken Baukörpers weise eine Vergrößerung von ca. 41 m auf ca. 57 m in der Ost-West-Richtung aus. Er bat hierzu um Klarstellung. Herr Gleß erläuterte hierzu, der Baukörper für das Seniorenheim solle geändert werden. Zunächst sei ein rechteckiges Gebäude mit einer geschlossenen Front zur Straßenseite vorgesehen gewesen. In der Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration am 28.11.2012 habe der Investor eine veränderte Planung mit der von Frau Feld-Wielpütz angesprochenen Verbesserung vorgestellt. Es sei nun ein u-förmiger Baukörper mit Öffnung zur B 56 vorgesehen. Unmittelbar nach dieser Sitzung wurde der Investor gebeten, den aktuellen Planungsstand vorzulegen; dies sei in der 50. Kalenderwoche erfolgt. Hieraus resultierte die kurzfristige Vorlage der Verwaltung. Die Änderungen werden für städtebaulich vertretbar gehalten und entsprechen auch dem Masterplan Urbane Mitte.

Herr Knülle bemängelte die nicht erfolgte Beratung zu der Umplanung im zuständigen Fachausschuss. Auch die Durchführung einer Bürgerversammlung zu einem Zeitpunkt, in dem das Gutachten zur verkehrlichen Situation noch nicht vorliege, könne er nicht gut heißen. Die SPD-Fraktion gehe bis zur Grenze der Kompromissbereitschaft, in dem der Einleitung des Verfahrens zunächst zugestimmt werde.

Frau Bergmann-Gries begrüßte das Betreiberkonzept. Sie wies jedoch darauf hin, dass es sich um eine Pflegeeinrichtung handle, die in einer zentralen Lage errichtet werden soll.

Auf Nachfrage von Herrn Nonnen erläuterte der Bürgermeister, dem Rat stehe die Entscheidungskompetenz – auch ohne vorherige Beratung im Zentrumsausschuss – zu. Die Verwaltung habe erst in der Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration am 28.11.2012 über die Neuplanung Kenntnis erlangt.

Der Rat fasste folgenden Beschluss.